bleiben, falls Frankreich es auch täte? Ich verstand, daß wir dann bereit sein sollten, Frankreich zu schonen, er hatte aber gemeint, daß wir überhaupt, also auch gegen Rußland, neutral bleiben. Das war das berühmte Mißverständnis. Sir Edward hatte mich für den Nachmittag bestellt. Da er sich gerade in einer Kabinettssitzung befand, rief er auch an das Telephon, nachdem Sir W. Tyrell gleich zu ihm gerufen war. Nachmittags aber sprach er nur mehr von der belgischen Neutralität und von der Möglichkeit, daß wir und Frankreich uns bewaffnet gegenüber fänden, ohne uns anzugreifen.

Es war also überhaupt kein Vorschlag, sondern **eine Frage ohne Verbindlichkeit**, da, wie ich früher schon gemeldet, bald darauf unsere Besprechung stattfinden sollte. Die Nachricht wurde aber in Berlin, ohne erst die Unterredung abzuwarten, zur Grundlage einer weitgehenden Aktion gemacht. Dann kam der Brief des Herrn Poincaré, der Brief Bonar Laws, das Telegramm des Königs Albert. Die Schwankenden wurden im Kabinett **bis auf drei Mitglieder, die austraten**, umgestimmt.

Ich hatte bis zum letzten Augenblick auf eine abwartende Haltung Englands gehofft. Auch mein französischer Kollege fühlte sich keineswegs sicher, wie ich aus privater Quelle erfuhr. Noch am 1. August hatte der König dem Präsidenten ausweichend geantwortet. In dem Telegramm aus Berlin, das die drohende Kriegsgefahr ankündigte, war aber

England schon als Gegner mitgenannt.

Man rechnete also bereits in Berlin mit dem Kriege gegen England.

Vor meiner Abreise empfing mich am 5. Sir Edward Grey in seiner Wohnung. Auf seinen Wunsch war ich hingegangen. Er war tiefbewegt. Er sagte mir, er werde stets bereit sein, zu vermitteln: „We don't want crush Germany" (wir wollen Deutschland nicht zerschmettern). Diese vertrauliche Unterredung ist leider veröffentlicht worden. Damit hat Herr v. Bethmann-Hollweg die letzte Möglichkeit zerstört, über England den Frieden zu erlangen.

Rückblick.

Wenn ich jetzt nach zwei Jahren mir alles rückwärts schauend vergegenwärtige, so sage ich mir, daß ich zu spät erkannte, daß kein Platz für mich war in dem System, das seit Jahren nur von Tradition und Routine lebte und das nur Vertreter duldet, die so berichten, wie man es lesen will. Vorurteilslosigkeit und unabhängiges Urteil werden bekämpft, Unfähigkeit und Charakterlosigkeit gepriesen und geschützt, Erfolge aber erregen Mißgunst und Beunruhigung.

Ich hatte den Widerstand gegen

die wahnsinnige Dreibundpolitik

aufgegeben, da ich einsah, daß es zwecklos war, und daß man meine Warnungen als **Austrophobie** (Feindschaft gegen Oesterreich), als fixe Idee hinstellte. In der Politik, die nicht Akrobatentum oder Altensport ist, sondern das Geschäft der Firma, gibt es keine Philia oder Phobia (Freundschaft oder Feindschaft), sondern nur das Interesse des Gemeinwesens. Eine Politik aber, die sich bloß auf Oesterreicher, Madiaren und Türken stützt, muß im Gegensatz zu Rußland geraten und schließlich zur Katastrophe führen.

Trotz früheren Irrungen war im Juli 1914 noch alles zu machen. **Die Verständigung mit England war erreicht.** Wir wußten einen wenigstens das Durchschnittsmaß politischer Befähigung erreichenden Vertreter nach Petersburg senden und Rußland die Gewißheit geben, daß wir weder die Meerengen beherrschen, noch die Serben erdrosseln wollten. „Lâchez l'Autriche et nous lâcherons les Français" (laßt Oesterreich fallen, und wir werden die Franzosen fallen lassen), sagte uns Herr Sasonow. Und Mr. Cambon sagte Herrn v. Jagow: „Vous n'avez besoin de suivre l'Autriche partout" (Ihr braucht mit Oesterreich nicht alles mitzumachen).

Weder Bündnisse noch Kriege, sondern nur Verträge brauchten wir, die uns und andere schützten und einen wirtschaftlichen Aufschwung sicherten, der in der Geschichte ohne Vorgang war. War Rußland aber im Westen entlastet, so konnte es sich wieder nach Osten wenden, und der anglo-russische Gegensatz trat alsdann automatisch und ohne unsere Mitwirkung hervor, nicht minder aber der russisch-japanische.

Wir konnten auch der **Frage der Rüstungsbeschränkung** näher treten und brauchten uns um österreichische Wirrnisse nicht mehr zu kümmern. Oesterreich-Ungarn war dann der Vasall des Deutschen Reiches und ohne Bündnis und namentlich ohne Liebesdienste, die schließlich zum Kriege führen für die Befreiung Polens und die Vernichtung Serbiens, obwohl die deutschen Interessen gerade das Gegenteil heischten.

Ich hatte in London eine Politik zu unterstützen, deren Irrlehre ich erkannte. Das hat sich an mir gerächt, denn **es war eine Sünde wider den Heiligen Geist.**

Ankunft.

In Berlin angekommen, sah ich sofort, daß ich zum Sündenbock für die Katastrophe gemacht werden sollte, die unsere Regierung im Gegensatz zu meinen Ratschlägen und Warnungen verschuldet hatte.

Von amtlicher Seite wurde geflissentlich verbreitet, ich hätte mich **durch Sir Edward Grey** täuschen lassen, denn wenn er den Krieg nicht gewollt, würde Rußland nicht mobilisiert haben. Graf Pourtalès, auf dessen Berichterstattung man sich verlassen konnte, sollte geschont werden, schon wegen seiner Verwandtschaft. Er habe sich „großartig" benommen, er wurde begeistert gelobt, ich um so schärfer getadelt.

„Was geht denn Serbien Rußland an?" sagte mir dieser Staatsmann nach achtjähriger Amtszeit in Petersburg. Die ganze Sache sollte **eine britische Tücke** sein, die ich nicht gemerkt. Im Amte erklärte man mir, im Jahre 1916 wäre es doch zum Kriege gekommen, dann wäre Rußland „fertig", daher sei es besser jetzt.

Feindlicher Standpunkt.

Ist es nicht begreiflich, daß unsere Feinde erklären, nicht eher ruhen zu wollen, bis ein System vernichtet ist, das eine dauernde Bedrohung unserer Nachbarn bildet? Müssen sie nicht sonst befürchten, in einigen Jahren wieder zu den Waffen greifen zu müssen und wieder ihre Provinzen überrannt und ihre Städte und Dörfer vernichtet zu sehen? Haben diejenigen nicht recht behalten, die weissagten, daß der Geist **Treitschkes und Bernhardis** das deutsche Volk beherrschte, der den Krieg als Selbstzweck verherrlicht und nicht als Uebel verabscheut, daß bei uns noch

der feudale Ritter und Junker, die Kriegerkaste regiere

und Ideale und Werte gestalte, nicht aber der bürgerliche Gentleman, daß die Liebe zur Mensur, die die akademische Jugend beseelt, auch denen erhalten bleibt, die die Geschicke des Volkes leiten? Hatten nicht die Ereignisse in Kiautschou und die parlamentarischen Verhandlungen des Reichs dem Ausland gezeigt, wie staatsbürgerliche Rechte und Freiheiten bei uns bewertet werden, wenn militärische Machtfragen entgegenstehen?

In die Worte Euphorions kleidete der geistvolle, leider verstorbene Historiker Gramb, ein Bewunderer Deutschlands, die deutsche Auffassung:

„Träumt ihr den Krieg?
Träume, wer träumen mag,
Krieg ist das Losungswort!
Sieg, und so klingt es fort."

Der Militarismus, eigentlich eine Schule des Volkes und ein Instrument der Politik, macht die Politik zum Instrument der Militärmacht, wenn der patriarchalische Absolutismus des Soldatenkönigtums eine Haltung ermöglicht, die eine **militärisch-junkerlichen** Einflüssen entrückte Demokratie nicht zulassen würde.

So denken unsere Feinde, und so müssen sie denken, wenn sie sehen, wie trotz kapitalistischer Industrialisierung und trotz sozialistischer Organisierung die Lebenden, wie Friedrich Nietzsche sagt, von den Toten regiert werden. **Das vornehmste feindliche Kriegsziel, die Demokratisierung Deutschlands, wird sich verwirklichen!**

Unsere Zukunft.

Heute, nach zweijährigem Kampfe, kann es nicht mehr zweifelhaft sein, daß wir auf einen **bedingungslosen Sieg** über Russen, Engländer, Franzosen, Italiener, Rumänen und Amerikaner nicht hoffen dürfen, mit dem Niederringen unserer Feinde nicht rechnen können. Zu einem **Kompromißfrieden** gelangen wir aber nur auf Grundlage der Räumung der besetzten Gebiete, deren Besitz für uns überdies eine Last und Schwäche und die Gefahr neuer Kriege bedeutet. Daher sollte alles vermieden werden, was denjenigen feindlichen Gruppen, die für den Kompromißgedanken vielleicht noch zu gewinnen wären, den britischen Radikalen und den russischen Reaktionären, ein Einlenken erschwert. Schon von diesem Gesichtspunkte aus ist das polnische Projekt ebenso zu verwerfen, wie jeder Eingriff in belgische Rechte oder die Hinrichtung britischer Bürger, vom wahnwitzigen U-Boots-Plane gar nicht zu reden.

Unsere Zukunft liegt auf dem Wasser. Richtig, also **nicht in Polen und Belgien, in Frankreich und Serbien.** Das ist die Rückkehr zum Heiligen Römischen Reich, zu den Irrungen der Hohenstaufen und Habsburger. Es ist dies die Politik Plantagenets, nicht die der Drake und Raleigh, Nelson und Rhodes.

Dreibundpolitik ist Rückkehr zur Vergangenheit,

Abkehr von der Zukunft, dem Imperialismus, der Weltpolitik. Mitteleuropa ist Mittelalter, Berlin—Bagdad eine Sackgasse, nicht der Weg ins Freie, zu unbegrenzten Möglichkeiten, zur Weltmission des deutschen Volkes.

Ich bin kein Gegner Oesterreichs oder Ungarns oder Italiens und Serbiens oder irgendeines anderen Staates, sondern nur ein Gegner der Dreibundpolitik, die uns von unseren Zielen ablenkte und auf die schiefe Ebene der Kontinentalpolitik bringen mußte. Sie war nicht deutsche, sondern k. u. k. Hauspolitik. Die Oesterreicher hatten sich daran gewöhnt, das Bündnis als einen Schirm zu betrachten, unter dessen Schutz sie nach Belieben Ausflüge in den Orient machen konnten.

Und welches Ergebnis des Völkerringens haben wir zu gewärtigen? Die Vereinigten Staaten von Afrika werden britisch sein, wie die von Amerika, Australien und Ozeanien. Und die lateinischen Staaten Europas werden, wie ich schon vor Jahren sagte, in dasselbe Verhältnis zu dem Vereinigten Königreich geraten, wie die lateinischen Schwestern Amerikas zu den Vereinigten Staaten. **Der Angelsachse wird sie beherrschen.** Das durch den Krieg erschöpfte Frankreich wird sich nur noch enger an Großbritannien anschließen. Auf die Dauer wird auch Spanien nicht widerstehen.

Und in Asien wird der Russe und der Japaner sich ausbreiten mit seinen Grenzen und Sitten, und der Süden wird den Briten bleiben.

Die Welt wird den Angelsachsen, Russen und Japanern gehören und der Deutsche allein bleiben mit Oesterreich und Ungarn. Seine Machtherrschaft wird die des Gedankens und Handelns sein, nicht aber die der Bureaukraten und Soldaten. Er war zu spät erschienen, und die letzte Möglichkeit, das Versäumte nachzuholen, ein Kolonialreich zu gründen, hat der Weltkrieg vernichtet.

Denn wir werden die **Söhne Jawes** nicht verdrängen, das Programm des großen Rhodes wird sich erfüllen, der in der Ausbreitung des Britentums, im britischen Imperialismus das Heil der Menschheit erblickte.

Tu regere imperio populos Romano, memento.
Hae tibi erunt artes: pacisque imponere morem.
Parcere subjectis et debellare superbos.

(Du sollst die Völker im Römerreiche regieren. Deine Kunst wird sein, Friedenssitten zu erzwingen, die Unterworfenen zu schonen und die Hochmütigen des Krieges zu entwöhnen.)

Der russische Friedensvertrag im Hauptausschuß.

Der Hauptausschuß des Reichstags verhandelte zunächst über die Forderung von 8 Millionen Mark zum Erwerb eines Grundstückes für die Reichsschuldenverwaltung. — Nach langer Aussprache stimmte der Ausschuß der Vorlage zu. — Der Ausschuß trat dann ein in die Beratung des

Russischen Friedensvertrags.

Bei Artikel 3 des russischen Friedensvertrags wirft Abg. **v. Calker** die Frage auf, wie die rechtliche Lage des Staatseigentums in den von Rußland losgelösten Gebieten sich gestalten wird. — Abg. **Ledebour** nimmt an, daß die verbündeten Mächte sich das Verfügungsrecht über die russischen Krongüter vorbehalten wollen. Die Fassung des Artikels 3 scheine absichtlich unklar gehalten zu sein, um die Bevölkerung der abgetretenen Gebiete ihres Selbstbestimmungsrechts zu entkleiden. Die Krongüter müssen in das Eigentum der neuen Staaten übergehen. Es sei notwendig, jetzt einmal zu hören, wie sich die deutsche Regierung die Gestaltung der neuen Staaten denke. — Abg. **Gothein** beklagt ebenfalls die Unklarheit im Absatz 3, die schließlich alle möglichen Kombinationen gestatten könnten. Der Verkehr in Riga ist völlig eingestellt auf den russischen Markt, weshalb der Gedanke zu erwägen sei, aus Riga einen Freihafen zu machen. — Abg. **Frhr. v. Richthofen** bedauert, daß man dem Reichstag die Unterführung der neuen russischen Grenzen nicht früher unterbreitet hat. Der Vertrag müsse genau nach seinem Wortlaut ausgelegt werden. Wenn in Estland und Livland die Ordnung wiederhergestellt ist, dann hat die deutsche Militärmacht abzuziehen. In den von Rußland abgetrennten Gebieten müssen mit tunlichster Beschleunigung die Voraussetzungen selbständigen staatlichen Lebens geschaffen werden, und zwar unter voller Achtung des Selbstbestimmungsrechts dieser Völker. Dann erst können diese Staaten in ein staatsrechtliches Verhältnis zu Deutschland treten.

Abg. Dr. David: Es scheint festzustehen,

daß Estland und Livland nach dem Wortlaut des Vertrages nach wie vor Rußland gehören.

Im Friedensvertrag steht nicht, daß diese Völker sich von Rußland lösen können, dieses Zugeständnis war nur eine Auslassung der bolschewistischen Vertreter. Die russische Regierung wird dieses Versehen natürlich anerkennen, aber sie würde die Entscheidung durch eine auf demokratischer Grundlage geschaffene Konstituante anerkennen. Was aber für Estland und Livland gilt, das kann man Kurland und Litauen nicht versagen. Die russische Regierung betrachtet den Vertrag nur als ein Provisorium. Wie lange die bolschewistische Regierung noch am Ruder ist, kann man nicht sagen, aber die ihr folgende Regierung dürfte auf keinen Fall bereit sein, anzuerkennen, daß Estland und Livland sich abtrennen dürfen.

Abg. v. Gußler hat die Mitglieder der kurländischen Vertretung geradezu dazu gepreßt, sich in einem der deutschen Militärpartei genehmen Sinne zu äußern.

Deutlich hat man erkennen lassen, daß man sich an den Vertrag nicht halten wolle. **Die Litauer treffen nun am 22. März in Berlin ein. Der Brief, den sie an den Reichskanzler gerichtet hatten, ist vom Militärbefehlshaber Ober-Ost nicht nur zurückgehalten, sondern auch beantwortet worden.** Der Reichstag kann den Vertrag nicht erledigen, bevor nicht feststeht, daß die Unabhängigkeit Litauens anerkannt wird. Die Litauer wollen nicht, daß sie durch eine Personalunion mit Deutschland verbunden werden. Diese Weigerung wurde mit der Drohung beantwortet, daß man dann Litauen teilen werde. Die Militärpartei hält fest an ihren Annexionsplänen gegenüber Polen und die Nationalliberalen sind jetzt bereit, gemeinsam mit den Konservativen diese Politik zu unterstützen.

Abg. **v. Gußler** stimmt **Ledebour** darin zu, daß die jetzt gezogene Grenze praktisch unmöglich sei. Mit dieser Grenze lassen sich lebensfähige Staaten nicht bilden. Der Bevölkerung jenseits der gezogenen Linie muß man die Entscheidung überlassen. Der Vertrag sei unklar, er, Redner, stehe auf dem Standpunkt, daß Estland und Livland bereits von Rußland sich abgetrennt haben. Die Letten haben bereits erklärt, daß sie beim Baltenlande bleiben wollen; schon deshalb muß man die Grenze anders gestalten. Die Esten werden sich ohne Zweifel auch auf die deutsche Seite stellen. Nach dieser Richtung hin biete der Friedensvertrag allerdings Schwierigkeiten. Redner versucht nunmehr, die Legitimation der Vertretungskörperschaften in den beregten Gebieten nachzuweisen und schildert insbesondere das Wahlrecht in Kurland. Für die ländliche Bevölkerung stand den Gemeindeältesten das Wahlrecht zu. In der Landesversammlung sitzen 50 Bürgerliche und 30 Adlige, im Landesrat 13 Bürgerliche und 7 Adlige.

Der dortigen Arbeiterschaft könne man ein Wahlrecht nicht geben, weil sie lediglich revolutionäre Tendenzen verfolge. Eine selbständige lettische Republik könne man dort nicht zulassen, sonst sei das Deutschtum verloren.

Es kann nur ein Herzogtum in Frage kommen. Redner erklärt dann, daß es nicht zutreffe, daß er in seiner Eigenschaft als Landeschef von Kurland einen unzulässigen Einfluß auf die Mitglieder des Landesrats ausgeübt habe. Die Letten wünschen eine starke Staatsgewalt, diese könne aber nur von Deutschland geschaffen werden. Was für Kurland gelte, das müsse in gleicher Weise auch für Litauen gelten.

Abg. **Erzberger:** Herrn v. **Goßlers Ansichten** über die baltischen Gebiete stehen im **Widerspruch mit dem Vertrag und würde in der nächsten Zeit zu einem neuen Krieg mit Rußland führen.** Zuzugeben sei, daß die Grenze, wie sie jetzt gezogen ist, unhaltbar wäre. Zu einer Abänderung aber sei ein neues Abkommen mit Rußland notwendig. Der Beschluß des litauischen Landesrats könne nur als **vorläufig** maßgebend angesehen werden, er bedarf der Bestätigung durch eine Vertretung des litauischen Volkes, die auf breiterer Grundlage hergestellt wird. Das preußische Staatsministerium habe sich einstimmig dagegen ausgesprochen, daß polnische Gebiete in größerem Umfange Preußen angegliedert werden sollen. — Unterstaatssekretär **v. Radowitz:** Ein solcher Beschluß ist im preußischen Staatsministerium nicht gefaßt worden. — Abg. Freiherr **v. Richthofen:** Die vorgelegte Karte und der Text des Vertrages stehen in einem Widerspruch zu einander. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker muß unter allen Umständen restlos durchgeführt werden. — Abg. **Ledebour** bestätigt, daß die vorgelegte Karte unrichtig sei. Der Vertrag schließe aus, daß Rußland gezwungen werden könne, die in Betracht kommenden Gebiete herauszugeben. Estland und Livland müssen selbständige Staaten werden; sonst wird keine russische Regierung freiwillig einer anderen Regelung dieser Fragen zustimmen. Die Kundgebung des kurländischen Landesrats steht im Widerspruch mit dem Volkswillen. — Abg. **David** polemisiert scharf gegen Herrn v. Gußler und weist nach, daß Herr v. Gußler einen überaus scharfen Druck auf die Mitglieder des kurländischen Landesrats ausgeübt hat. Nur unter diesem starken Druck haben die Kurländer den Vorschlägen zugestimmt. Die Ausführungen Goßlers hätten auch bestätigt, daß auch für Litauen eine Personalunion mit dem Kaiser an der Spitze erstrebt wird.

Friedensverträge — Sozialpolitik — Uebergangswirtschaft

Die Stellung der Sozialdemokratie zu diesen gegenwärtig wohl wichtigsten Fragen wurde am Mittwoch in einer öffentlichen Volksversammlung behandelt, die von den Sozialdemokratischen Vereinen im 4. und 5. Reichstagswahlkreise einberufen worden war. Genosse **Jungnickel** bemerkte bei Eröffnung der Versammlung, daß man, obwohl die Zeit für solche Veranstaltungen nicht günstig sei, doch geglaubt habe, es nicht unterlassen zu dürfen, Stellung zur gegenwärtigen politischen Situation zu nehmen.

Dann sprach Genosse Reichstagsabgeordneter

Dr. Gradnauer über Sozialdemokratie und Friedensverträge.

Ungeheure Ereignisse haben wir erlebt. Durch Jahre von Leid und Not sind wir hindurchgegangen. Oft ist in diesen schweren Jahren die Hoffnung und Erwartung auf ein baldiges Ende des Kriegs bitter enttäuscht worden. Der Krieg mit seinen Schrecken dehnte sich immer weiter aus. Jetzt endlich ist nach der **einen Seite ein Friedensschluß** zustande gekommen, indessen ist er **nicht geeignet**, in unseren Gemütern **volle Freude** auszulösen. Auch in dieser Beziehung ist der Verlauf der Ereignisse ein anderer, als wir ihn erwartet haben. Im Reichstage haben wohl einige Parteiführer (Graf Westarp und Dr. Stresemann) die Siegestrompete geblasen, aber im allgemeinen kann man nicht sagen, daß über der Volksvertretung eine freudige Stimmung gelegen habe. Wie soll denn auch eine solche aufkommen, da die Not und die Ernährungsschwierigkeiten fortdauern!

Die ganze Zukunft bleibt noch deswegen in Dunkel gehüllt. Wir können nicht wissen, ob der Friedensschluß im Osten **mehr als ein Provisorium** ist. Auch lassen die **Art und Bedingung**, die in diesem Friedensschluß niedergelegt sind, keine rechte Freude aufkommen. Immerhin wollen wir in dieser Stunde das Gefühl nicht unterdrücken, daß es etwas Großes ist, daß auf der großen Front von der Ostsee bis zum Schwarzen Meere das Morden der Menschen aufgehört hat. Wie groß ist doch die Gefahr für unser Volk, auch für die Arbeiterschaft, die aus dem Osten drohte gewesen, und die nunmehr erfreulicherweise als endgültig überwunden betrachtet werden muß. Die Abwehr des Zarismus, der Schutz gegen die russische Dampfwalze ist in vollem Umfange durchgeführt worden.

Es ist nicht ein Friedensschluß, sondern eine ganze Reihe **von Friedensschlüssen** zustande gekommen. Die einzelnen fremdsprachigen Stämme in Rußland haben sich selbständig gemacht und ihre Unabhängigkeit erklärt. Der **Friedensvertrag mit Großrußland** kann von der Sozialdemokratie **nicht mit Befriedigung** begrüßt werden. Dr. David hat ihn im Reichstag als einen **Gewaltfrieden** bezeichnet. Man muß die Hoffnung hegen, ob aus diesem Friedensschluß etwas Gutes erblühen kann. Im Reichstag hat ein eigenartiger **Streit** darüber stattgefunden, ob die deutsche Regierung gegenüber Rußland **Annexionen durchgesetzt** hat. Regierung und einzelne Parteien bestreiten dies, da kein Land vom Deutschen Reiche angegliedert worden ist. Schon der Umstand aber, daß man sich darüber überhaupt streitet, zeigt, wie schwierig die Verhältnisse im Osten sind, wie Theorien und Formeln durch die Wirklichkeit des gesamten Völkerrechts bestätigt werden. Kein Zweifel kann jedoch darüber bestehen, daß mit Rußland **kein Verständigungsfriede** abgeschlossen worden ist. Die Russen haben ihn nicht freiwillig unterzeichnet, sondern weil sie sich in einer verzweifelten Zwangslage befanden. Damit ist die Gefahr gegeben, daß jede nachfolgende Regierung diesen Frieden nicht als einen Frieden von Dauer betrachtet.

Der Krieg mit Rußland ist wohl beendet, aber die Feindschaft ist geblieben.

Daraus erwachsen ernste **Besorgnisse für die Zukunft.** Daß es so gekommen ist, ist freilich nicht allein Schuld der deutschen Regierung, sondern auch der russischen. Redner gibt dann die Ereignisse im Osten seit dem deutschen Friedensangebot im Dezember 1916 und den Verlauf der Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk wieder. Der Auflösungsprozeß im russischen Reiche brachte schließlich die extrem-radikale Regierung Lenin-Trotzki ans Ruder. Mancher Partei